

8. Menschenrechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle ,trans- und intergeschlechtliche Menschen verteidigen

Viele Staaten dieser Welt missachten die Menschenrechte von LSBTI, ihnen drohen Haft, Folter oder Todesstrafe. Auch in EU-Mitgliedsstaaten oder Beitrittskandidaten kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, zu Versammlungsverboten oder Übergriffen der Polizeiorgane.

Die EU verfügt in ihren Außenbeziehungen bereits über Handlungsempfehlungen und Leitlinien, die die Botschaften verpflichten, sich für den Schutz von LSBTI und ihren Menschenrechten weltweit einzusetzen. Dennoch werden sie von vielen Stellen missachtet.

8.1 Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von LSBTI in aller Welt geschützt und LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit gestärkt werden?

CDU/CSU



Die EU gründet auf Werten der Gleichheit und des Respekts. CDU und CSU unterstützen Initiativen zum Kampf gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Wir wollen, dass auch in Zukunft die Vertreter sowohl des deutschen Auswärtigen Dienstes, als auch des Europäischen Auswärtigen Dienstes bilateral und auch in multilateralen Foren wie dem VN-Menschenrechtsausschuss **für die Rechte von Schwulen und**

Lesben eintreten. **Sie sollen noch besser für diese Aufgabe sensibilisiert werden.** Wir setzen uns auch künftig für die finanzielle Ausstattung von Programmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit für bedrängte und verfolgte Minderheiten einschließlich Schwulen und Lesben ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird auch künftig zusammen mit den Fach- und Haushaltspolitikern prüfen, welche Institutionen am besten geeignet sind, diese Aufgabe zu erfüllen.

SPD



Die EU muss ihre Werte der Achtung der Menschenrechte und Grundrechte von LGBTIQ-Personen auch bei der Zusammenarbeit mit Drittländern anwenden. Die Verpflichtungen der EU in Bezug auf das Asylrecht müssen von den Mitgliedsstaaten vollständig durchgesetzt werden.

Die fordert daher:

- Die EU-Mitgliedsstaaten müssen ihrer rechtlichen Verpflichtung nachkommen, die Verfolgung aufgrund der sexuelle Orientierung und geschlechtsspezifischer Identität als Fluchtgründe im Asylverfahren zu erkennen und anzuerkennen. Asylentscheiderinnen und -entscheider müssen hierfür genauso wie Dolmetscherinnen und Dolmetscher entsprechend geschult und sensibilisiert werden.
- Die Mitgliedsstaaten müssen sicherstellen, dass sie in der Lage sind, die Notwendigkeit besonderer Verfahrens- und Aufnahmegarantien auf der Grundlage der persönlichen Merkmale des Antragstellers anzuerkennen.



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

- Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass bei Verfahren, die auf dem Konzept des sicheren Drittlandes, dem Konzept des sicheren Herkunftslandes, dem Konzept des Erstankunftslandes oder dem Konzept der Folgeanträge beruhen, die Komplexität der LGBTIQ-bezogenen Ansprüche angemessen wird. Dies erfordert unter anderem eine gründliche Bewertung unter Berücksichtigung der allgemeinen Situation von LGBTIQ-Personen in den betreffenden Staaten.
- Darüber hinaus wollen wir, dass die Situation der LGBTIQ-Opfer von Menschenhandel stärker berücksichtigt werden, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität oft zusätzliche Diskriminierungen, Stigmatisierungen und Gewaltdrohungen erfahren. Die Mitgliedstaaten sollen diesen Faktor der Vulnerabilität bei der Durchführung einer individuellen Risikobewertung berücksichtigen, um sicherzustellen, dass die Opfer von Menschenhandel angemessen geschützt und betreut werden. Die Mitgliedstaaten sollen auch eine angemessene Schulung der zuständigen Ermittlungsbeamtinnen und -beamten über die Besonderheiten der LGBTI-Opfer sicherstellen, um Hilfsdienste an ihre Bedürfnisse anpassen zu können, die mit Opfern oder potenziellen Opfern des Menschenhandels in Kontakt kommen können.
- **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Europäische Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, die Frage der LGBTIQ-Rechte in politischen und Menschenrechtsdialogen anzusprechen und das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte zu nutzen, um Organisationen zu unterstützen, die LGBTIQ-Rechte verteidigen.** Dies sollte geschehen, indem sie befähigt werden, homophobe und transphobe Gesetze und die Diskriminierung von LGBTI-Personen in Frage zu stellen und die Öffentlichkeit für die Diskriminierung und Gewalt zu sensibilisieren, die Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten erfahren. Diese Ziele müssen erreicht werden durch
 - **diplomatische Bemühungen der EU-Delegationen** und der Mitgliedstaaten im Ausland zur Abschaffung von Rechtsvorschriften, die zur Diskriminierung, Verfolgung und Bestrafung von Menschen allein wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtsspezifischen Identität beitragen.
 - **Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen.**
 - **Einbeziehung der LGBTI-Rechte in die Länderstrategien der Menschenrechte.**

Wir fordern die EU auf, die Menschenrechte und die Situation der LGBTIQ-Bevölkerung in alle außenpolitischen Maßnahmen einzubeziehen, **auch in Handelsabkommen und anderen Bereichen wie Beitritts- und polizeiliche Zusammenarbeit und Abkommen zur Visaliberalisierung.** Wir bestehen darauf, dass der Grundsatz der Konditionalität in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte bei Abschluss solcher Abkommen angewandt wird.

Bündnis 90 / Die Grünen



Wir wollen, dass die EU in ihrer Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik als Garantin der Grundrechte und Grundfreiheiten auftritt. Die **EU-Förderung von gemeinsamen Projekten in Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung einschließen. Auch gegenüber ihren Dialogpartner*innen in aller Welt muss die Europäische Union immer betonen:** Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen

Orientierung und geschlechtlichen Identität ist eine schwere Verletzung der universellen Menschenrechte.



super



ja



vage



nein



gefährlich

Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Die Linke



Es sollte aus Sicht der LINKEN eine **regelmäßige Unterrichtung zur Situation von LSBTTI im globalem Maßstab im EP geben. Die Europäische Union sollte stets die Staaten in den Außenbeziehungen auf die Einhaltung der Menschenrechte von LSBTTI hinweisen. Innerhalb der Botschaften sollten auch die Mitarbeiter*innen Diversity leben.** In den Außenbeziehungen sollte die Zivilgesellschaft angesprochen werden und gerade mit LSBTTI gemeinsam Ziele entwickelt werden. Dieses Engagement darf nicht konterkariert werden indem es mit Marktinteressen verwoben wird.

AFD



Unsere Partei wird mit den ihnen nahe stehenden Parteien in Europa und gewiss im Einklang mit der Trump-Administration und Israel die Menschenrechte der LSBTI weltweit zu schützen suchen. In keinsten Weise suchen wir dabei den Schulterschluss mit **fragwürdigen Ideologien** oder üben uns dabei in **Sternchensprache**. Wir werden Attentate wie das von Orlando oder staatliche Hinrichtungen von Homosexuellen als die Verbrechen **anprangern**, die sie sind, von europäischer Ebene aus wie von jeder anderen.

FDP



Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, deren Anwendbarkeit zu relativieren. Wir setzen uns für eine innerhalb Deutschlands, der Europäischen Union und mit den Mitgliedstaaten abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein. **Dabei stehen wir für eine wertebasierte Entwicklungspolitik mit einem starken Fokus auf die Stärkung der Menschenrechte.** Das beinhaltet für uns selbstverständlich auch die Rechte von LSBTI und Menschenrechtsaktivisten, die sich für die Belange von LSBTI einsetzen. **Ihre Arbeit wollen wir in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unterstützen. Wenn wir feststellen, dass es in Partnerländern zu Strafverschärfungen gegen LSBTI kommt, ist die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit NGOs vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, die Budgethilfe zu streichen und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden. Die LSBTI-Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen vor Ort sind hier zentraler Partner und müssen auch finanziell angemessen unterstützt werden. Auch außerhalb von Entwicklungspartnerschaften wollen wir uns stets für die Rechte und den Schutz von LSBTI stark machen.** Eine Stärkung der gemeinsamen Außenpolitik der EU würde den Einfluss Europas als Stimme der Menschenrechte in der Welt voranbringen.

Freie Wähler



Es liegt auf der Hand, dass auch die EU im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die **Rechte der LSBTI-Community im Ausland stärker thematisieren muss.** Noch immer fliehen tausende von Menschen aufgrund ihrer Sexualität aus ihrer Heimat in die EU und nach Deutschland. Im Umgang mit den einschlägig bekannten Staaten muss daher ein Augenmerk auf dieses Thema gerichtet werden.



Piraten



Wir fordern weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung und betrachten Verfolgung aller Menschen aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung als Unrecht. Dies gilt uneingeschränkt auch für die Verteidiger*innen dieser Rechte.

Tierschutzpartei



Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht geduldet werden. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wird ihnen entschieden entgegentreten. **Wir möchten LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen und Hilfsorganisationen mehr Gehör verschaffen, ihre Einflussmöglichkeiten stärken sowie ihnen Fördermittel zur Verfügung stellen.** Zudem werden wir nachdrücklichst auf die Einhaltung der Handlungsempfehlungen und

Leitlinien bestehen.

Familienpartei



Hier gelten im Wesentlichen unsere Antworten zu den Fragen 5 und 13. Seit 1998 ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein ständig tagender Gerichtshof. Bürger können sich, nachdem die innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft sind, mit Beschwerden direkt an ihn wenden. **Wir wollen die Befugnisse vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ausbauen und erweitern.** Die vom Gerichtshof gefällten Urteile sind für die betroffenen Staaten bindend und haben bereits Regierungen dazu veranlasst ihre Gesetze und ihre Verwaltungspraxis in vielen Bereichen abzuändern. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs macht die Konvention so zu einem lebendigen Instrument, um neuen Herausforderungen zu begegnen sowie Rechtstaatlichkeit und Demokratie in Europa zu festigen. Das wollen wir in Verbindung mit den Menschenrechtsbeauftragten nutzen und die Aufgaben entsprechend ausdehnen.



super



ja



vage



nein



gefährlich